

## Rede aus Anlass der Einbringung der Eckdaten zum Haushalt 2017

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete,

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Die Erarbeitung von Eckdaten für den Haushalt der Städteregion Aachen war noch nie so schwierig wie heute. Und wir waren noch nie so spät mit dem Einbringen des Haushaltes, wofür ich viel Kritik aushalten musste.

Aber für diese Vorgehensweise gibt es zahlreiche Ursachen.

Da ist zum einen die nicht mehr vorhandene Ausgleichsrücklage, die zum 31.12.2014 aufgebraucht war.

Wir haben um mehr als 57,4 Mio Euro in den letzten Jahren die Kommunen entlastet und damit eine künstlich reduzierte Regionsumlage erhoben.

Allen Bürgermeister, aber auch den Fraktionen des Städteregionstages war bewusst, dass danach wieder eine "normale", d.h. eine höhere Umlage erforderlich ist.

Das gehört zur Ehrlichkeit und ist die heutige Situation.

Es gibt also keine unvorbereitete, plötzlich über uns hereingebrochene, neue Situation bzw neue Erkenntnisse zur Notwendigkeit einer höheren Umlage.

Ein Blick zurück:

Der Doppelhaushalt 2015/2016 ist durch nicht vorhersehbare Entwicklungen finanziell deutlich belastet worden.

Das waren insbesondere die Flüchtlingskrise und die Umkehr der Finanzdotationen zwischen der Stadt Aachen und den Altkreiskommunen.

Alleine die schwergewichtige Position der Finanzierungsregelung mit der Stadt Aachen hat uns mit 12,6 Mio. Euro in 2015 und 11,1 Mio. Euro in 2016 belastet.

Und dennoch konnte durch unsere Finanzdisziplin das Jahr 2015 mit einem minimalen Fehlbetrag in Höhe von rund 0,7 Mio Euro abgeschlossen werden.

Die Politik, also der Städteregionstag, muss nach der heutigen Feststellung des Jahresabschlusses demnächst entscheiden, ob er diesen Betrag über eine rechtlich für solche Situationen vorgesehene Sonderumlage von den Kommunen erheben will.

Mein Eindruck ist, dass dies nicht geschehen wird, auch wenn die Verwaltung das aus Rechtsgründen vorschlagen wird.

Sollte es zu einer Ablehnung kommen, würde ich das angesichts des überschaubaren Betrages akzeptieren.

Zurück zur nicht etatisierten, starken Belastung der 12 Mio. Euro Rückzahlung an die Stadt Aachen, die bei der Aufstellung des Doppelhaushaltes nicht erkennbar sein konnte.

Das gute Jahresergebnis (-0,7 Mio. Euro) war eine starke Leistung in 2015 und der Beweis dafür, dass wir sparsam mit den öffentlichen Mitteln umgehen.

Das Rechnungsergebnis für das Jahr 2016 wird allerdings deutlich höher ausfallen, wie uns der 3.Quartalsbericht aufzeigt. Da wird sich die Thematik einer Sonderumlage für das Jahr 2018 oder 2019 stellen. Die Fragen werden lauten: ob, wann und wie. Nicht heute und nicht im kommenden Jahr 2017.

Aber auch in 2016 wird ein Betrag von mindestens 8,0 Mio Euro eingespart, was erneut ein starkes Licht auf unsere hohe Finanzdisziplin wirft.

Dafür danke ich insbesondere stellvertretend unserem Finanzdezernenten Axel Hartmann und dem Kämmerer Egon Metten und seinem Team, die permanent mit den Dezernaten/Ämtern im Gespräch sind.

Einen wichtigen Beitrag zu einsparbaren Finanzpositionen hat auch das von mir eingebrachte und von vier Fraktionen vor einem Jahr gemeinsam überarbeitete Strukturpapier geleistet.

Dazu gibt es heute ein aktualisiertes Papier, aus dem die bisherigen Ergebnisse hervorgehen und das deutlich macht, wo es noch die Notwendigkeit von Entscheidungen gibt. Dazu werde ich anschließend noch einige wenige Hinweise geben.

Die bisherigen Ergebnisse aus den Entscheidungen zum Strukturpapier sind in die Eckdaten des Haushaltes 2017 eingearbeitet worden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren:

Wegen des gemeinsamen Strukturpapiers war ich davon überzeugt, dass ein gemeinsamer HH dieser vier Fraktionen (CDU/GRÜNE/SPD/FDP) und der Verwaltung die logische Konsequenz sein müsste.

Daher habe ich einen für mich völlig untypischen Vorschlag zum HH 2017 gemacht:

Ich habe angeboten, in Verbindung mit dem Strukturpapier einen gemeinsamen HH 2017 mit diesen vier Fraktionen zu erarbeiten.

Dazu hat es mehrere Beratungsrunden gegeben.

Ein gemeinsames Ergebnis ist dabei für mich bisher (noch) nicht erkennbar.

Deshalb habe ich mit meinem Team eigenständig weiter gearbeitet. Neueste Erkenntnisse der letzten Tage durch eingehende neue Berechnungen/ Korrekturen und Einschätzungen gewichtet, abgewägt und Entscheidungen getroffen.

Die erheblich sich verändernden Rahmenbedingungen durch Entscheidungen des Bundes und des Landes NRW haben uns in einzelnen Bereichen in den letzten Tagen mehr Klarheit über die zu erwartenden Finanzdaten des Jahres 2017 erbracht.

Mit einem erstaunlichen und dazu auch sehr erfreulichen Ergebnis:

Bei den ersten Erkenntnissen zum HH 2017 mussten wir vor etwa 5 Wochen noch von einer Umlagenerhöhung in einer Höhe von rund **2,587 %-Punkten** ausgehen.

Das führte – von mir nicht initiiert, nachweislich aus politischen Kanälen im Haus der Städteregion – zu einem Horrorszenario, das an die regionsangehörigen Kommunen kommuniziert worden ist.

Die Botschaft lautete: Richtet euch auf eine Erhöhung von **mindestens 3%-Punkten** ein.

Die Folge war eine miese Stimmung in allen Rathäusern und eine wachsende aggressive Haltung gegenüber der Städteregion, auch gegenüber meiner Person. Ich verweise in diesem Zusammenhang auch auf verschiedene öffentliche Erklärungen.

Davon unbeirrt und von dem Gedanken getragen, einen "anständigen und fairen HH 2017" aufzustellen, haben wir weiter an den Eckdaten für 2017 gearbeitet.

Alles nach dem Grundsatz:

Wir müssen das Geld bekommen, was wir als Leistung für die Bürger und Bürgerinnen in den 10 regionsangehörigen Kommunen brauchen. Nicht mehr und nicht weniger. Herr Hartmann hat das eben recht eindrucksvoll in seinen Ausführungen erläutert.

Durch die eben genannten neuen Finanzdaten ergab die Überarbeitung in der letzten Woche eine reduzierte Umlageerhöhung von nunmehr nur noch **1,537 %-Punkte**.

Dieses Ergebnis wurde in der Sitzung mit den vier Fraktionen am 1.12.2016 von uns vorgetragen und zur Kenntnis genommen, hat aber (noch) nicht zu einer GEMEINSAMEN Position geführt, konnte ich heute aber schon in der Tageszeitung lesen.

Mein Angebot an die vier Fraktionen lautete:

nach einem GEMEINSAM getragenen Strukturpapier

und einem darauf aufbauenden, GEMEINSAM getragenen HH 2017

können Sie mich verpflichten,

eine Obergrenze von 1%-Punkt Umlageerhöhung

durch nochmaliges Überarbeiten der Eckdaten mit meinem Team zu erreichen.

Das bedeutet nochmals eine besondere Herausforderung!

Da auch dazu bisher keine GEMEINSAME Antwort bei mir angekommen ist, bin ich auf eine am Wochenende bei mir angekommene Initiative aus dem Kreis der Bürgermeister der Städteregion eingegangen.

Diese Initiative hat zum Ziel, die Umlageerhöhung auf 1%-Punkt zu begrenzen. Sollte das erreichbar sein, könnte man sich auch eine Benehmensregelung vorstellen.

Aufgrund dessen und im Vertrauen darauf, dass dies auch in der Haltung der Bürgermeister zur Thematik der Benehmensregelung feststellbar sein wird, haben Herr Hartmann, Herr Metten sowie Herr Classen (Kämmerei) und ich nochmals mehrfach die Köpfe zusammengesteckt.

Als Ergebnis der Überlegungen sehen wir uns in der Lage, eine Begrenzung der Umlageerhöhung auf 1%-Punkt im Eckpunktepapier darzustellen.

Die Erhöhung wird **exakt 0,9948 %-Punkte** ausmachen.

Also von 44,5560% auf 45,5508 % angehoben.

Daher ist das auch **meine Position heute**, die ich Ihnen vortrage.

Und das ist meine Position, die ich in **das Verfahren der Benehmensregelung** einbringen werde.

Zur Ehrlichkeit gehört dazu dann aber auch meine Zusicherung, im Falle eines Fehlbetrages im Jahresabschluss 2017 diesen Betrag nicht nachträglich über eine Sonderumlage bei den Kommunen zu erheben.

**Das heißt, volles Risiko bei der Bewirtschaftung des HH 2017!**

Ich bin dazu bereit. Damit schaffe ich Planungssicherheit für alle Kommunen und Vertrauen.

Daher darf ich dann auch ein Benehmen von den Bürgermeistern bzw den Kommunen erwarten.

Denn, meine Damen und Herren, eine solche positive Haltung kann von den Kommunen wie beispielsweise Stolberg, Eschweiler oder Würselen deswegen von mir erwartet werden, weil sie bereits in ihren HH-Entwürfen eine 1%-Steigerung der Regionsumlage eingeplant haben.

Es soll auch weitere Kommunen geben, die auf diese Weise vorgesorgt haben, weil alle wussten, dass es zu einer Erhöhung der Regionsumlage kommen muss.

Die Umlage der StädteRegion Aachen kann also nicht mehr herhalten für Äußerungen wie „die Grundsteuer / Gewerbesteuer muss wegen der Städteregionsumlage erhöht werden“ (was ohnehin unfair, aber auch falsch ist). Und mit meiner Zusicherung, einen evtl Fehlbetrag 2017 nicht über eine Sonderumlage einzusammeln, haben alle Kommunen **zusätzliche Planungssicherheit!**

Einen Wermutstropfen gibt es allerdings:

Das geht natürlich nur, wenn eine Mehrheit des Städteregionstages das auch beschließen sollte, wofür ich allerdings nachdrücklich werbe.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren:

Sie haben es immer noch in der Hand, die von mir für notwendig angesehene Erhöhung der Umlage ein Stück weiter **zu reduzieren**.

Und dazu habe ich einen ganz konkreten **Vorschlag**:

Das **Programm "Gute Schule"** des Landes NRW und der NRW-Bank ermöglicht es wahrscheinlich, Positionen im ErgebnisHH durch dieses Programm zu finanzieren.

Das würde unseren Aufwand entsprechend reduzieren.

Im HH-Entwurf können eventuell solche Massnahmen in Höhe von etwa 1 Mio. Euro unter dieses Programm fallen.

Da Sie sich die Entscheidung vorbehalten haben, konnten wir als Verwaltung diese Entlastung noch nicht berücksichtigen.

Im SRA am 9.2.2017 können Sie auf der Grundlage einer Vorlage, die wir einbringen werden, eine finanzpolitische Vorentscheidung treffen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich komme zum Schluss:

Wenn man OBJEKTIV den bisherigen Vorlauf des Erarbeitens der Eckdaten zum HH 2017 betrachtet, hat diese Vorgehensweise echte Vorteile für alle Kommunen.

1. Wir konnten die immer wieder sich verändernden Hinweise zur Art und Weise ankommender Finanzmittel auf einer **jetzt gesicherten Datenbasis** berücksichtigen.
2. Die notwendige **Erhöhung** der Regionsumlage ist dadurch **reduziert gegenüber** einer evtl. **frühzeitigeren Einleitung** der Benehmensregelung.
3. Es gibt eine - **Vertrauens** - **Basis** aufgrund einer Initiative aus dem Kreis der Bürgermeister, sich mit der Städteregion auf eine 1%-Obergrenze zu verständigen.
4. Es gibt **Planungssicherheit** für die Kommunen, im Falle eines evtl. Fehlbetrages des HH 2017 keine Sonderumlage zu erheben.
5. Die zu erwartende **Ausgleichszahlung an die Stadt Aachen** in Höhe von 11,5 Mio. Euro ist etatisiert.
6. Der SRT hat noch eine weitere Möglichkeit, durch das Programm "Gute Schule" eine Reduzierung des Finanzaufwandes in Höhe von etwa 1 Mio. Euro vorzunehmen.

Wenn insbesondere jetzt noch eine Kommune das Benehmen nicht herstellen möchte, die in ihrem Haushalt bereits die auf 1 % begrenzte Erhöhung der Städteregionsumlage eingeplant hat, würde das nicht mehr aus einer Sachposition heraus erfolgen. Dafür kann es dann nur noch eine Erklärung geben, die Sie alle kennen.

Und zum Abschluss noch ein Ausblick:

In den kommenden Jahren wird es durch die Wirkungen der Bundesentlastung für die Kommunen mit dem 5 Milliarden- Programm zu weiteren Entlastungen kommen können, die nach den jetzigen Erkenntnissen zu einer Reduzierung der Umlage führen wird. Auch das sollte uns zuversichtlich stimmen.